



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON 0611 350-692
TELEFAX 0611 350-
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

27.08.2012

Pressemitteilung

Land hebt Deckelung der Schulplätze in der Altenpflegeausbildung auf Neue Wege führen zu mehr Pflegepersonal

Wiesbaden. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz freut sich über die weiteren Schritte des Landes hin zu einer zukunftssicheren, den Bedürfnissen der Menschen gerecht werdenden Altenpflegeausbildung. „Im März konnte ich darauf hinweisen, dass die Zahl der geförderten Schulplätze im Bereich der Altenpflege von 3.500 auf 4.000 aufgestockt wurde. Nun wurde diese Deckelung vollständig aufgehoben, um dem immer weiter steigenden Bedarf gerecht werden zu können“.

Die Nachfrage im pflegerischen Bereich werde immer weiter steigen und das Land werde dieser Herausforderung begegnen, zeigte sich Bächle-Scholz sicher. Nachdem 2016 mit rund 16 Millionen Euro für die Schulplatzförderung der höchste Stand jemals erreicht worden war, werde das Land nun auch die Mittel für die zusätzlichen Plätze bereitstellen. Die Entscheidung, so Bächle-Scholz für diese erneute Erhöhung des Kontingents sei getroffen worden, weil bereits jetzt absehbar sei, dass die Zahl von 4.000 Schülern überschritten werden dürfte.

Neben dieser Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze arbeite die Landesregierung auch intensiv daran, die Feststellung Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen zu erleichtern, Berufserfahrungen in der Pflege auf die Altenpflegehelferausbildung anrechenbar zu machen sowie die Möglichkeit zu schaffen, neue Ausbildungskonzepte zur Nachqualifizierung und Erschließung neuer Zielgruppen zu erproben.

Das Land setze sich darüber hinaus dafür ein, die Refinanzierungsbedingungen für die Kosten der Ausbildung auf solide und mit der Krankenpflege vergleichbare Säulen zu stellen. „Die Kosten für die notwendige Ausweitung der Ausbildungskapazitäten können nicht einseitig von Ländern, Leistungserbringern und Patienten getragen werden. Da es sich hierbei um eine nationale Herausforderung handelt, muss der Bund mit ins Boot. Im Rahmen der Reform der Pflegeversicherung sollte daher die Einführung einer Finanzierungsregel berücksichtigt werden“, betonte Bächle-Scholz.

Zuletzt wies sie noch auf einen anstehenden Modellversuch des Landes mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit hin. Ziel dieses Versuches sei die Anwerbung von Fachkräften aus dem Europäischen Ausland.